

Der Versuch des Westens, in Niger ein ukrainisches Szenario zu schaffen, scheitert

Die afrikanischen Führer sind im Gegensatz zu ihren Kollegen in Kiew nicht selbstmordgefährdet und daher weniger bereit, den Willen der NATO zu befolgen.



Niger-Konflikt © Getty Images

20. August 2023 | Valdai Club, Timofey Bordachev

Die Entwicklung der Situation im Zusammenhang mit dem möglichen Einmarsch von Truppen bestimmter Länder der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) in Niger erinnert stark an die Diskussionen, die am Vorabend der ukrainischen „Gegenoffensive“ in diesem Sommer geführt wurden.

Die afrikanischen Staaten des Westens haben es nicht eilig, sich auf ein riskantes Abenteuer einzulassen. Doch die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten drängen sie dazu. Genauso wie sie das ukrainische Militär dazu drängten, im Frühjahr 2023 befestigte russische Stellungen anzugreifen.

Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied. Im Fall der Ukraine haben wir es mit einem Regime zu tun, das eine mörderische Politik gegenüber dem von ihm kontrollierten Gebiet verfolgt. Die afrikanischen Führer hingegen sind überhaupt nicht bereit, für die Interessen Frankreichs und der USA Risiken einzugehen. Was in der Ukraine eine Tragödie war, kann sich daher in Westafrika als Farce entpuppen, an deren Ende eine gütliche Einigung zwischen allen Beteiligten steht.

In beiden Fällen ist der Hauptgrund jedoch derselbe: der Wunsch des Westens, nicht direkt in militärische Abenteuer verwickelt zu werden und andere zu benutzen, um seine Ziele zu erreichen. Und wenn im Falle der Ukraine die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen Russlands das Motiv für ein solches Verhalten ist, so ist es in Afrika der Mangel an Gelegenheit und Lust. Dies gilt umso mehr, als Frankreich und die USA davon überzeugt sind, dass die ihnen nahestehenden politischen Regime der ECOWAS selbst daran interessiert sind, die Militärregierung in Niger zu stürzen.

Hierfür gibt es Gründe. Der Staatsstreich in Niger am 26. Juli war der vierte in der Region in weniger als zwei Jahren (nach Mali, Burkina Faso und Guinea). Er genießt eindeutig die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung in einem der ärmsten Länder der Welt. In anderen ECOWAS-Ländern ist die Lage alles andere als fröhlich, und die zivilen Behörden haben allen Grund, einen Dominoeffekt zu befürchten.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass die vereinten Kräfte Nigerias und mehrerer anderer Länder der Gemeinschaft ausreichen werden, um den inhaftierten Präsidenten Bazoum wieder an die Macht zu bringen. Das Einzige, was fehlt, ist Abenteuerlust: Bislang haben es die afrikanischen Führer vorgezogen, eine abwartende Haltung einzunehmen, wenn auch mit einer gewissen Entschlossenheit.

Paris und Washington ihrerseits verhalten sich auf eine leicht erkennbare Weise: Sie geben Lippenbekenntnisse für eine friedliche Lösung ab, während sie in der Praxis von den ECOWAS-Ländern verlangen, mit Gewalt gegen die Generäle in Niger vorzugehen. Es ist nicht auszuschließen, dass auch militärische Unterstützung zugesagt wurde, da sich immer noch bedeutende französische und amerikanische Kontingente im Land befinden. Ein direktes Eingreifen des Westens ist jedoch unwahrscheinlich.

Erstens wäre dies mit einem gewissen Risiko verbunden und würde bedeuten, dass man die Verantwortung für die Folgen übernehmen müsste. Und zweitens wäre ein direkter Angriff auf eine amtierende Regierung durch westliche Streitkräfte im Hinblick auf den Kampf um die Herzen und Köpfe der Entwicklungsländer äußerst schlecht. Die Zeiten, in denen die USA und ihre westeuropäischen Freunde jeden souveränen Staat aus einer Laune heraus angreifen konnten, sind im Grunde genommen längst vorbei. Das letzte Beispiel war die Aggression der NATO gegen Libyen im Jahr 2011. Seitdem hat sich viel geändert. Der Block versucht nun, die Welt von seinen guten Absichten zu überzeugen. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen Russland, das der Westen beschuldigt, das zu tun, was er seit zwei Jahrzehnten tut.

Nach dem Scheitern in der Ukraine kann selbst der Sieg ausländischer Truppen über ein paar Dutzend Rebellen in Niger der Öffentlichkeit als beeindruckende Leistung und Beweis für die Allmacht des Westens verkauft werden. Der Wunsch, dies zu sehen, ist so groß, dass er zu lächerlichen Pannen geführt hat, wie der Veröffentlichung eines Artikels des abgesetzten Bazoum in einer amerikanischen Zeitung, in dem er zu einer ausländischen Invasion in seinem Land aufrief.

Das Ergebnis ist eine Situation, in der der Westen selbst nicht in den Kampf eingreifen kann, sondern darauf besteht, dass seine regionalen Partner dies tun. Diese wiederum haben es nicht eilig und verzögern den Übergang zu entschlossenem Handeln auf jede erdenkliche Weise. So haben die ECOWAS-Länder am vergangenen Samstag ein Treffen ihrer militärischen Vertreter unter dem Vorwand verschoben, dass das Militärregime in Niger die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung genieße und dass deren Meinung gehört werden müsse, bevor ernsthafte Entscheidungen getroffen werden. Mit anderen Worten: Niemand in der ECOWAS ist besonders daran interessiert, eine Militäroperation gegen Niger zu starten. Und wenn es doch dazu kommt, wird der Grund dafür das Scheitern ihrer Versuche sein, mit den Rebellen hinter dem Rücken des Westens zu verhandeln.

Auch wenn dieses Ergebnis höchst unwahrscheinlich erscheint: Trotz ihrer Bindungen an den Westen denken die afrikanischen Führer immer noch mit dem Kopf und vertreten eher Staaten als Kompradorenregime in bestimmten Territorien. Im Gegensatz zu den Machthabern in Kiew, für die das Überleben des Staates, der sich Ukraine nennt, nie eine zentrale Frage war.

Wir sehen, dass selbst die wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Länder der Weltmehrheit weitaus umsichtiger Staaten sind als nicht nur die Ukraine, sondern sogar Amerikas offizielle Verbündete in Polen oder den baltischen Republiken.

Und es geht nicht nur um das Ausmaß des westlichen Einflusses auf die politischen und wirtschaftlichen Systeme. In den meisten afrikanischen Staaten ist er sehr ernst und beruht auf jahrzehntelanger Zusammenarbeit in all ihren Erscheinungsformen. Doch nun wird deutlich, dass selbst die stärksten Bindungen nicht ausschlaggebend sein können, wenn die herrschenden Eliten lernen, über ihr eigenes individuelles Überleben hinaus zu denken.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass die meisten Entwicklungsländer der westlichen Arroganz und Ausbeutung überdrüssig sind. Besonders deutlich wird dies in den ehemaligen europäischen Kolonien und abhängigen Gebieten. Die polnischen, baltischen oder ukrainischen Eliten können nicht selbständig denken, weil sie sich mit dem Westen identifizieren, selbst wenn sie an dessen äußersten Rändern leben. Sie können ihre Länder leicht für die Interessen der USA opfern. Der polnische Präsident zum Beispiel hat dies Anfang dieses Monats überzeugend dargelegt, als er feststellte, dass Russland „auch ohne amerikanische Tote gestoppt werden kann“.

In der Praxis bedeutet die Bereitschaft von Ukrainern, Polen oder Balten, sich zu opfern, jedoch nichts Gutes für die USA und Westeuropa. Erstens zeigt es, dass der Kreis der wirklich Selbstmordgefährdeten in der Weltgemeinschaft ziemlich eng ist und dass es auf anderen Kontinenten keine Narren gibt. Zweitens sind die Osteuropäer zu schwach, um Russland auch nur zu bekämpfen, geschweige denn die Weltherrschaft zu behaupten. Gegen China hat der Westen natürlich Japan. Aber dort ist die Lage nicht so eindeutig, und die wachsende Macht Pekings könnte Tokio durchaus dazu bewegen, keine fatalen Fehler zu begehen.

Das Fehlen glänzender Siege auf der internationalen Bühne und vor allem die wachsende Unwilligkeit, Partnern großzügig zu zahlen, führt zu einer Ausdünnung der Macht des Westens im Weltgeschehen. Russland profitiert bereits von diesem objektiven Prozess, denn sonst wäre unsere Lage jetzt noch schlimmer.

Unsere Aufgabe ist es, dies mit unseren eigenen Bemühungen um die Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und militärischer Organisation in Einklang zu bringen.